



**Abstimmung vom 26.9.2021**

# **Flächendeckendes Ja zur Ehe für alle**

**Angenommen: Änderung des Schweizerischen  
Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2022): Flächendeckendes Ja zur Ehe für alle. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Bereits 2013 – sechs Jahre nach Einführung der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Paare (vgl. Vorlage 518) – lancieren die Grünliberalen eine Parlamentarische Initiative mit dem Ziel, die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren zu öffnen. Widerstand kommt aus den Reihen von CVP und SVP, für die etwa Yves Nidegger (SVP/GE) argumentiert, die Ehe für alle könne «gefährliche Dinge» befördern, namentlich Polygamie oder die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare. Eine Mehrheit der zuständigen Kommissionen beider Räte spricht sich hingegen für das Vorhaben aus. In der Folge wird die Behandlungsfrist für die Vorlage allerdings wiederholt verlängert, sodass sich das Plenum erst 2020 damit befasst.

Kern der Auseinandersetzung ist zunächst die Frage, ob die Öffnung der Ehe einer Verfassungsanpassung und damit des Ständemehrs in einer Volksabstimmung bedarf. Sowohl die nationalrätliche Kommission als auch der Ständerat sprechen sich für den gesetzlichen Weg ohne Verfassungsanpassung aus. Hingegen scheitern die Befürworter:innen damit, gleichgeschlechtlichen Paaren nebst dem Recht auf Eheschliessung auch weitere Rechtsansprüche einzuräumen, die bei verschiedengeschlechtlichen Paaren mit der Eheschliessung einhergehen, etwa im Sozialversicherungsrecht, bei der Samenspende oder bei der Möglichkeit der gemeinsamen Adoption.

Im Nationalrat fordert die GLP, unterstützt von Links-Grün und FDP, erneut den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare und das Recht auf gemeinsame Adoption – diesmal mit Erfolg. Die CVP kündigt in der Folge an, sie werde die Vorlage ablehnen. Dennoch findet die Vorlage eine komfortable Mehrheit, denn Nein-Stimmen kommen nur aus der SVP und der CVP, und auch in diesen beiden Fraktionen sagt ein Drittel (SVP) bzw. fast die Hälfte (CVP) der Mitglieder Ja. So wird die Vorlage in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 136 zu 48 Stimmen (9 Enthaltungen) angenommen, im Ständerat mit 24 zu 11 Stimmen (7 Enthaltungen).

In der Folge ergreift ein EDU-geführtes Komitee das Referendum gegen die Vorlage. Ein zweites Komitee, dem auch Mitte-Politiker:innen (ehemals CVP) angehören, stört sich vor allem am Zugang zur Samenspende für lesbische Paare. Auch die im Wallis beheimatete «Fondation pour la famille» beteiligt sich massgeblich an der Unterschriftensammlung.

## GEGENSTAND

Die Vorlage «Ehe für alle» sieht mit einer Anpassung des Zivilgesetzbuches die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare vor. Die Vorlage bringt für gleichgeschlechtliche Ehepaare auch die Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung der Partnerin bzw. des Partners sowie zur gemeinsamen Adoption von Kindern. Darüber hinaus sollen verheiratete lesbische Paare den Zugang zur Samenspende erhalten.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Im Abstimmungskampf wird die Vorlage weiterhin von GLP, Grünen, SP und FDP unterstützt, dagegen sprechen sich SVP, EDU und EVP aus (wobei sich auch einzelne Befürworter:innen aus der SVP in den Medien zu Wort melden). Eine Verschiebung gibt es im Vergleich zur parlamentarischen Diskussion innerhalb der Mitte-Partei (einst CVP): Während sie im Parlament die Vorlage noch mehrheitlich ablehnte, fassen die Delegierten der Mitte Schweiz und mit Ausnahme von Innerrhoden auch alle Kantonssektionen die Ja-Parole. Allerdings engagieren sich einzelne Parteivertreter:innen weiterhin gegen die Vorlage.

Die Gegner:innen argumentieren insbesondere mit dem Kindeswohl: Dieses sei aufgrund des Zugangs zur Samenspende und der gemeinsamen Adoption nicht mehr gegeben, da Konstellationen entstünden, in denen Kinder namentlich ohne Vater aufwachsen – dieser jedoch sei für die Identitätsbildung zentral. Darüber hinaus monieren die Gegner:innen, der vorgesehene Zugang zur Samenspende für lesbische Paare sei verfassungswidrig. Sie befürchten ausserdem, dass bald weitere Liberalisierungsschritte folgen könnten, etwa die Eizellenspende und die Leihmutterchaft für schwule Paare.

Auf der anderen Seite erhebt die LGBTQ+-Bewegung den Urnengang zur «wichtigsten gesellschaftspolitischen Abstimmung seit Jahrzehnten» – sie vermag anlässlich der Zurich Pride über 20 000 Menschen für eine Demonstration zu mobilisieren; dabei zeigen auch Queer-Vereinigungen von Grossunternehmen wie Ikea, UBS und Swiss sowie von Polizei und Armee ihre Unterstützung für die Vorlage. Die Befürwortenden bringen ihr wichtigstes Argument mit dem Slogan «Es ist genug Ehe für alle da» zum Ausdruck: Mit der Vorlage lasse sich eine rechtliche Ungleichbehandlung beseitigen, ohne dass daraus jemandem ein Nachteil erwachse. Denn mit dem bisherigen Modell der eingetragenen Partnerschaft bestünden nebst dem fehlenden Recht auf eine formelle Eheschliessung auch noch weitere Ungleichbehandlungen, etwa in Bezug auf Einbürgerung, Fortpflanzungsmedizin und Adoptionsrechte. Bundesrätin Karin Keller-Sutter betont zudem, «dass für die Entwicklung der Kinder nicht die Familienkonstellation entscheidend ist, sondern die Fürsorge und die Zuwendung, die sie in der Familie erhalten» (Keller-Sutter 2021).

Gespalten zeigen sich in ihren Positionsbezügen kirchliche Institutionen. Während die Schweizerische Bischofskonferenz, die Evangelische Allianz und der Dachverband der Freikirchen ein Nein beschliessen, fordern die evangelisch-reformierte Kirche und der katholische Frauenbund ein Ja.

Medial findet die Ehe für alle grossen Widerhall, insbesondere die im Rahmen der Pro-Kampagne organisierten Aktionen. Die Tonalität der Berichterstattung ist dabei deutlich positiv, besonders in den Deutschschweizer Medien (vgl. fög 2021). Aufgrund guter Umfrageergebnisse sehen viele Medien schon früh ein ungefährdetes Ja (Gerber et al. 2022). Dies dürfte ein Grund sein für die «nur sehr schwach[e]» Bewerbung der

Vorlage, wobei die Befürworter:innen in den Inseratespalten etwas stärker präsent sind als die Gegner:innen (Heidelberger/Bühlmann 2021).

## ERGEBNIS

Im September 2021 – fast acht Jahre nach dem entsprechenden parlamentarischen Vorstoss und als nahezu letztes Land in Westeuropa – heisst das Schweizer Stimmvolk die Ehe für alle gut. Fast zwei von drei Stimmenden sagen Ja zum Ja-Wort für gleichgeschlechtliche Paare (64,1%), in allen Kantonen resultiert eine Ja-Mehrheit. Am deutlichsten ist die Zustimmung in den Kantonen Basel-Stadt (74% Ja), Zürich (69%) und Basel-Land (67%). Nur knapp mehrheitlich stimmt Appenzell Innerrhoden für die Ehe für alle (50,8% Ja). Im Berner Oberland, im Unterwallis und in der italienischsprachigen Schweiz gibt es einzelne, stark ländlich geprägte Bezirke, welche die Vorlage – relativ knapp – verwerfen. Die Stimmbeteiligung liegt schweizweit bei 52,6%.

Die Nachbefragung (gfs.bern 2021) zeigt, dass die Vorlage in fast allen Lagern und Altersgruppen mehrheitsfähig war, bei jüngeren Wählenden aber besonders deutlich. Lediglich bei Personen, die sich rechtsausen einordnen (32% Ja) oder mit der SVP sympathisieren (30% Ja) habe ein klares Nein resultiert. Gespalten gewesen seien die Anhängerschaft der Mitte-Partei (49% Ja) sowie die Bevölkerungsgruppe, die ein hohes Vertrauen in freikirchliche Institutionen hat (50% Ja). Zentrale Pro-Argumente stiessen demnach selbst bei der Gegnerschaft auf Zustimmung: Die Ehe für alle sei überfällig und entspreche dem Zeitgeist, und für Kinder sei Liebe und Zuneigung wichtiger als die sexuelle Orientierung der Eltern.

## QUELLEN

fög (2021). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 26. September 2021, Schlussbericht vom 24. September 2021*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Gerber, Marlène, Sophie Guignard und Emilia Pasquier (2022). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Le mariage pour tous (Pa.lv. 13.468), 2013–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 02.08.2022.

gfs.bern (2022). *VOX-Analyse November 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2021*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2021). *APS-Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 26. September 2021. Zwischenstand vom 16.9.2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Keller-Sutter, Karin (2021). *Ehe für alle – Medienkonferenz von Bundesrätin Keller-Sutter vom 22. Juni 2021*. Online: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/reden---interviews/reden/2021/2021-06-210.html>, abgerufen am 4.8.2022.

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (2022). *Die gleichgeschlechtliche Ehe in Europa und weltweit*. Online: <https://www.lsvd.de/de/ct/427-Die-gleichgeschlechtliche-Ehe-in-Europa-und-weltweit>, abgerufen am 4.8.2022.

Pressebeitrag: Tages-Anzeiger vom 6.9.2021.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 26.9.2021 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 13.468).

Bundesblatt: BBI 2020 1273. BBI 2021 963. BBI 2021 2631.